Deutscher Bundestag **Drucksache 14/5710**
14. Wahlperiode 27. 03. 2001

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Carl-Dieter Spranger, Karl Lamers, Christian Schmidt (Fürth), Kurt J. Rossmanith, Klaus Brähmig, Ulrich Adam, Hans-Dirk Bierling, Paul Breuer, Klaus Bühler (Bruchsal), Herbert Frankenhauser, Hartmut Koschyk, Eduard Oswald, Dr. Peter Paziorek, Ruprecht Polenz, Hans-Peter Repnik, Hannelore Rönsch (Wiesbaden), Anita Schäfer, Dr. Wolfgang Schäuble, Heinz Schemken, Dr. Erika Schuchardt, Clemens Schwalbe, Dr. Christian Schwarz-Schilling, Margarete Späte, Dr. Rita Süssmuth, Willy Wimmer (Neuss), Benno Zierer und der Fraktion der CDU/CSU

Die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge für die Zukunft sichern

Seit Jahrzehnten hat sich der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. um die Pflege und den Erhalt der Gräber der deutschen Kriegstoten im Ausland verdient gemacht. Er hält die Erinnerung an die Toten der beiden Weltkriege wach und leistet damit einen Beitrag zum deutschen Nationalbewusstsein. Darüber hinaus stärkt er das Bewusstsein für das gemeinsame kulturelle Erbe des wirtschaftlich ebenso wie politisch zusammenwachsenden Europas in Erfüllung der ihm vom Grundgesetz zugewiesenen staatlichen Aufgaben. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die politischen Veränderungen in Ostmittel- und Osteuropa Anfang der 90er Jahre haben dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge eine Vielzahl neuer Aufgaben zugewiesen, indem sie im Zuge der Öffnung auch die Fürsorge bislang unzugänglicher deutscher Kriegsgräber möglich gemacht haben. In den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands nimmt die Bereitschaft zu, die im Zuge der Vertreibung stattgefundene Verfolgung der Deutschen aufzuarbeiten. Im Rahmen dieser Aufarbeitung werden immer wieder durch Nachforschungen Massengräber getöteter Deutscher bekannt. Daraus erwachsen zusätzliche Aufgaben für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, mit dessen Unterstützung oftmals die Toten exhumiert und in würdiger Form bestattet werden.

Seit den Zeiten Konrad Adenauers haben alle Bundesregierungen durch Mittelzuweisungen aus dem Haushalt des Auswärtigen Amts dazu beigetragen, dass der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge seine Aufgaben erfüllen und seiner verdienstvollen Arbeit im Ausland nachgehen konnte. Dabei haben die Bundeszuweisungen insgesamt nur einen kleinen Anteil, nämlich ca. 10 Prozent, am Gesamthaushalt des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge betragen, dessen überwiegender Teil sich aus Spenden zusammensetzt. Auf Grund des beträchtlichen Einsatzes des Volksbundes ist es in den letzten Jahren gelungen, das Spendenaufkommen für die Kriegsgräberfürsorge auf hohem Niveau zu halten. Von einer Fortsetzung dieser Tendenz kann in den kommenden Jahren mit Blick auf den zurückgehenden Anteil der Kriegsteilnehmer an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik Deutschland allerdings nicht ausgegangen werden. Die Zuwendungen des Bundes an den Volksbund Deutsche

Kriegsgräberfürsorge sind trotz der gewachsenen Aufgaben von 8,5 Mio. DM im Haushaltsjahr 1999 auf 7,4 Mio. DM für das Haushaltsjahr 2001 erheblich zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass der Volksbund Deutsche Kriegsgräbersorge in der Zeit des Übergangs von der Erlebnisgeneration zur Erinnerungsgeneration durch seine Arbeit einen wesentlichen Beitrag zum deutschen Nationalbewusstsein und zum Bewusstsein für ein gemeinsames europäisches Kulturerbe ebenso wie zum Totengedenken leistet?
2. Wie will die Bundesregierung die künftige Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge vor dem Hintergrund der erwarteten rückläufigen Spenden, die im Zusammenhang mit dem abnehmenden Anteil der Generation der Kriegsteilnehmer an der Gesamtbevölkerung stehen, und eingedenk der Tatsache, dass in unseren europäischen Partnerstaaten die Kriegsgräberfürsorge eine staatliche Aufgabe ist, gewährleisten?
3. Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen der drastischen Mittelkürzungen im Haushaltsjahr 2001 für die Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge?
4. Sind vor dem Hintergrund des vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge angemeldeten Bedarfs für die Kriegsgräberfürsorge in Osteuropa in Höhe von 13,105 Mio. DM in den kommenden Jahren Erhöhungen der Bundeszuwendungen an den Volksbund geplant?
5. Wie bewertet die Bundesregierung die Notwendigkeit, vor allem für Projekte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Polen, der Russischen Föderation und der Ukraine ab dem Jahre 2002 die Fördermittel vorübergehend um jährlich 10 Mio. DM anzuheben?
6. Ergeben sich nach Auffassung der Bundesregierung auf Grund der Einsparungen bei den Zuschüssen aus Bundesmitteln zum Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge Verzögerungen bzw. Finanzierungsengpässe bei der Betreuung von deutschen Kriegsgräbern, insbesondere in Osteuropa?
7. Hat die Bundesregierung von einer Zunahme der Plünderungen deutscher Soldatengräber in Osteuropa, insbesondere in Russland, Kenntnis?

   Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um ihrer Verantwortung gegenüber den deutschen Gefallenen gerecht zu werden und inwieweit werden diese Maßnahmen die Mittelzuwendungen der Bundesregierung an den Volksbund beeinflussen?
8. Wie erklärt die Bundesregierung den Umstand, dass im Bundeshaushalt für die Kriegsgräberfürsorge im Inland 50 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden, wohingegen für die Pflege und den Erhalt der Gräber im Ausland im Haushalt lediglich 7 Mio. DM aus den Mitteln des Bundes vorgesehen sind?
9. Welche Bedeutung misst die Bundesregierung der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge für das Deutschlandbild im Ausland bei?
10. Plant die Bundesregierung in den Haushaltsjahren ab 2002 eine Anhebung der Zuschüsse an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und wenn ja, in welcher Höhe?
11. Wie bewertet die Bundesregierung die Rolle und die Bedeutung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge bei der Versöhnungs- und Friedensarbeit?

12. Hat der Umstand, dass der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge neben seinen originären Aufgaben auch Projekte der Jugend- und Bildungsarbeit finanziert, Auswirkungen auf künftige Mittelzuweisungen des Bundes?
13. Wie bewertet die Bundesregierung die Hinzunahme neuer Aufgaben der Jugend- und Bildungsarbeit in die Arbeit des Volksbundes und inwieweit haben diese konzeptionellen Veränderungen bei den Aufgaben des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge Auswirkungen auf die Versöhnungsarbeit in Europa?
14. Welche deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland hat der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, seit seinem Amtsantritt im Oktober 1998 besucht?
15. Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Unterstützung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge durch die Bundeswehr und wie wird sie diese in der Zukunft materiell und ideell sicherstellen?
16. Was wird die Bundesregierung veranlassen, um Soldaten, vor allem Grundwehrdienstleistende und Reservisten, auch künftig für die freiwillige Teilnahme an den völkerverbindenden Einsätzen des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu motivieren und deren Engagement zu ermöglichen?

Berlin, den 27. März 2001

Carl-Dieter Spranger
Karl Lamers
Christian Schmidt (Fürth)
Kurt J. Rossmanith
Klaus Brähmig
Ulrich Adam
Hans-Dirk Bierling
Paul Breuer
Klaus Bühler (Bruchsal)
Herbert Frankenhauser
Hartmut Koschyk
Eduard Oswald
Dr. Peter Paziorek
Ruprecht Polenz
Hans-Peter Repnik
Hannelore Rönsch (Wiesbaden)
Anita Schäfer
Dr. Wolfgang Schäuble
Heinz Schemken
Dr. Erika Schuchardt
Clemens Schwalbe
Dr. Christian Schwarz-Schilling
Margarete Späte
Dr. Rita Süssmuth
Willy Wimmer (Neuss)
Benno Zierer
Friedrich Merz, Michael Glos und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333